

I. Mainstream-Meinungen und Aussagen zur eGK, TI und ePA endlich überwinden

II. Update 16.01.2020 Entgegnungen zu den Äußerungen des Gesundheitsministers auf der Veranstaltung des Verbands der Privaten Krankenversicherung (PKV) / Artikel auf aend.de mit dem Titel "Spahn: „ePA ist der Berliner Flughafen der Gesundheitspolitik“

"

I.

Grundsätzlich ist es verständlich und begrüßenswert, dass im Fortschritt und Wettbewerb die Konjunktur mit Paketen des Staates und der Industrien angekurbelt wird. Im Rahmen des größten IT-Projekts der Welt wurde dafür gesorgt auch nachträglich 'Pakete', in einer vorgefertigten Form, in das bestehende System der Telematikinfrastruktur einzubinden. Dies basiert dann auf der bereits existierenden Datenlage, die durch die vielen Teilnehmer des Gesundheitswesens geschaffen wird und so Zieladressen für die Verteilung und den Verkauf von Mehrwertanwendungen bereitstellt, die dann mit Finanzpaketen des Staates und der Industrien gefördert werden.

Dabei ist zu beachten, die Mehrwertanwendungen können nur auf Basis der umgesetzten Datenverarbeitung in der TI zielgerichtet angebunden werden und damit hat sich die Industrie und der Staat, in einer bisher nie dagewesenen Form, zielgerichteten Zutritt zu einem Markt verschafft, der normalerweise freier und vielfältiger ist, als das vereinheitlichte und erzwungene System der Telematikinfrastruktur, die das komplette deutsche Gesundheitssystem vereinnahmt.

Die sich stetig wiederholende Aussage, dass mit der Telematikinfrastruktur eine sichere und funktionierende Datenautobahn umgesetzt wird, kann aus mehreren Blickwinkeln betrachtet werden und erzeugt weitere Fragen. Zum einen kann eine sichere und funktionierende Datenautobahn, die stets das Internet als Grundlage hat, auch mit anderen sicheren Lösungen umgesetzt werden, die nicht mit einem staatlich-industriellen Mastersystem zusammenhängen und zum anderen stellen sich hier Fragen hinsichtlich alternativer Konzepte und der Stärkung freier Software in einem vielfältigen Markt.

Das DVG als Treiber einer Entwicklung, nach dem Modell der Telematikinfrastruktur, forciert diesen einen Lösungsansatz, der sogenannten Datenautobahn des Deutschen Gesundheitswesens und präsentiert deswegen einen undemokratischen und zentralisierten Charakter, der grundlegend abzulehnen ist.

Die Einführung der ePA wird in industriellen Kreisen als verzögertes IT-Projekt angesehen, was nicht schnell umgesetzt werden kann. Das wegen Datenschutzvorbehalten es noch zu Verzögerungen kommt hängt mit den Einschätzungen vieler Datenschützer und IT-Experten ab, die umfangreiche Einwände im Laufe der Jahrzehnte vorgebracht haben. Die Verabschiedung der

ePA zum 01. Januar 2021 sollte angesichts vieler offener Punkte nicht, ohne die Details der Einwände zu kennen, weiter gefordert werden.

Die Befürworter der eHealth-Projekte betonen immer wieder die positive Akzeptanz der eHealth-Anwendungen, die sich im Durchschnitt der Bevölkerung geändert hat und dies liegt sicherlich auch an der Dominanz der hohen Investitionssummen in Werbung und Marketing, die eine überwiegende positive Berichterstattung erzeugen. Hier kritisieren die Datenschützer, dass es keine ausreichenden freien Gelder und Ressourcen mehr gibt, die eine unabhängige Analyse im Vorfeld der IT-Projekte mit hoher gesellschaftlicher Bedeutung ermöglichen.

Im Anschluss an diese unabhängigen Analysen sollten idealerweise dann auch gleichwertige Summen für diese Ergebnisse für Werbung und Medienberichte ausgegeben werden. So würde ein starkes Gegengewicht entstehen und ein demokratischer Wettbewerb der Modelle und Lösungen. In der Gemengelage und unter dem hohem Druck den Anschluss an europäische und globale Entwicklungen nicht zu verpassen wird die Idee und der Begriff der „Datenspende“ forciert, als eine Möglichkeit die Gesundheitsdaten einer industriellen Weiterverwertung zuzuführen.

Dies hängt sehr eng mit dem Umfeld und der Handhabung der eHealth-Projekte zusammen und dem Gegenwind, der den Befürwortern entgegenschlägt, denn es ist entscheidend ob die mit den IT-Projekten verbundene automatisierte Datenverarbeitung als Zwang betrachtet wird oder eher als „Datenspende“, die in einer freien und unabhängigen Form erfolgt.

Im Moment wird die Anbindung an die TI und die damit verbundene erweiterte und im Hintergrund wirksame Datenverarbeitung per Gesetz erzwungen. Die nachträgliche Option einer Datenspende, in der jetzigen Situation, ist aus fachlicher Sicht ein trojanisches Pferd, denn es existiert eine Datenvorverarbeitung und Strukturierung, mit den Technologien der semantischen Interoperabilität, die auch wirksam ist, ohne das ein Button für die Zustimmung angeklickt werden muss.

In diesem Kontext war immer das Beispiel des Krebsregisters relevant, wo zunächst eine Zustimmung eingeholt werden muss.

Eine zukünftige Datenspende und der damit zusammenhängende Prozess der Zustimmung, der ebenfalls hier in integrierter Form angedacht wird, bedarf einer intensiven und tiefen technischen Überprüfung. Die Nähe zum Zwangssystem, immer noch nicht ausreichend vereinfacht und transparent beschrieben, erschwert die Einschätzung einer integrierten Datenspende.

Die Einbindung der Datenspende in ein entsprechendes Gesetz, was verfassungsrechtlich unbedenklich ist, kann eine zukünftige Aufgabe sein, wenn sie dann sorgfältig und unabhängig umgesetzt wird.

Im Moment wirken aber die schnellen Verabschiedungen von Gesetzen nicht vertrauenserweckend sondern besorgniserregend.

Wie ist es überhaupt möglich derartig komplexe technische und juristische Sachverhalte im Takt von Monaten in Gesetze zu bringen? Hier entsteht für mich der Eindruck als wenn zielführende Gesetze die einzige Lösung sind, quasi als Zukunft einer Gesellschaftsentwicklung, in der die Abfolgen der Gesetzgebung immer weiter gesteigert werden und die Bürger immer weniger Einfluss haben. Im Moment fehlt es zu sehr an der gleichzeitigen Nennung dieser Punkte, wenn von Akzeptanz per Gesetz die Rede ist.

Der Anschluss an andere europäische Länder muss nicht dadurch erfolgen, dass das Modell und System der Telematikinfrastruktur umgesetzt wird.

Im Gegenteil Deutschland sollte nicht andere Modelle, wie von Estland, einfach nur kopieren, sondern sich seiner Geschichte bewußt werden und vollständig andere Konzepte für Software und IT-Systeme entwickeln, die die Freiheit des Menschen untereinander und die Demokratie stärken.

Anstatt dem globalen Mainstream zu folgen könnte Software entwickelt werden, die ohne Mastersystem und ohne Client-Server Systemen mit immer größeren Rechenzentren auskommt.

Entwickeln wir doch echte Alternativen und werden dadurch weltweit führend, weil wir etwas anbieten, was so in dieser 'demokratischen' und freien Form noch nicht existiert (Stichwort: peer to peer = client to client!)

Der Fortschritt läßt sich nicht aufhalten und solange Anwendungen u. Datenverarbeitung in freier Form ohne Zwang abgewickelt werden wird es Akzeptanz dafür geben. Die jetzigen Lösungen im Rahmen des größten IT-Projektes der Welt basieren jedoch auf einer gigantischen Datenvorverarbeitung, für die nachträglich, für einzelne Datenkomponenten, ein Zustimmungsverfahren bereitgestellt wird. Im Moment haben wir also das große Problem einer automatisierten Datenverarbeitung und seiner unverhältnismäßig großen Tolerierung durch Pseudonymisierung und Anonymisierung personen-identifizierbarer Daten per Gesetz und Zwang!

Und es kommt hinzu, dass keine echten Alternativen gefördert werden, was die freie Auswahl für Software und IT-Systeme zerstört! Die Beschleunigung der eHealth-Projekte resultiert auch aus der panischen Angst den Anschluss an die Entwicklung der künstlichen Intelligenz zu verlieren, wo sehr große Rohdatenmengen gebraucht werden.

Die Projektmacher und Experten wissen sehr genau an dieser Stelle. dass es darum geht die Methode „Deep Learning“ mit riesigen Datenmengen umzusetzen. Füttern wir also ohne Sinn und Verstand diese Datenspeicher und treten die Errungenschaften der Ethik und Demokratie lieber mit Füßen?

Grundsätzlich ist KI nicht mehr wegzudenken und die Kritik an den eHealth-Projekten ist nicht gleichbedeutend mit der Ablehnung der Entwicklung der Künstlichen Intelligenz.

Es kann und darf allerdings nicht so sein, dass die eHealth-Projekte, im Kontext der sensibelsten und schützenswertesten Daten des Menschen, eine im Hintergrund wirksame erweiterte semantische Datenverarbeitung schaffen,

die in hochgradig automatisierter Form und mit vorausschauenden Ausbaumöglichkeiten abläuft,

damit die Datenmengen entstehen, die die Verfahren der Entwicklung der künstlichen Intelligenz benötigen.

Gern wird in den aktuellen Diskussionen und Medienberichten die Videosprechstunde herangezogen, als sinnvolle Alternative für die Menschen, die sich nicht mehr bewegen können. Auf den ersten Blick sind Videosprechstunden sinnvoll, jedoch geht es in Wirklichkeit bei der Kritik der Datenschützer nicht um eine tendenzielle Ablehnung dieses Mediums. Es geht um die Probleme, die mit der Nutzung verbunden sind, wie z.B. die damit verbundenen Serverinfrastruktur und um die Aufzeichnung dieser Videodaten.

Die damit verbundenen technischen und organisatorischen Herausforderungen sind in Wirklichkeit nicht gelöst. Besonders wichtig auch hier sind technische Lösungen, die ‚peer to peer‘ ohne Mastersysteme funktionieren. Die Aussage, dass alle medizinischen Anwendungen für die Versicherten freiwillig sind ist nachweisbar falsch. Die Freiwilligkeit basiert auf nachträglicher Zustimmung oder Ablehnung und umfasst nicht die gigantische Metadatenverarbeitung, die im Hintergrund in paralleler Form für die semantische Interoperabilität umgesetzt wurde.

Der Versicherte ist stets der alleinige Herr seiner Daten ist das Credo im Dauerfeuer! Stimmt dies tatsächlich und läßt sich dies leicht beantworten?

Diese Frage läßt sich in Wirklichkeit nicht einfach beantworten, der Patient ist lediglich konzeptionell alleiniger Herr seiner Daten und die Annahme dass nur er entscheidet was in die Akte kommt ist schon deswegen falsch weil das größte IT-Projekt der Welt mit komplexer Software und Hardware seine Daten verwaltet und verarbeitet.

Der Zusatz „alleiniger“ im Begriff ist somit nicht zutreffend, weil durch das System weitere technische Instanzen und Personen verarbeitenden Zugriff auf die Daten haben. Das ist nicht alleinig sondern multipel!

Dieser Faktor wird auch durch die gegebene Information der Erteilung einer Zugriffsberechtigung über die ePA-Anwendung deutlich: Der Versicherte bewegt sich Umfeld vorkonfigurierter und dirigierender IT-Systeme und der beteiligten Komponente, der ePA-Anwendung, in der die Zugriffsberechtigung über einen Zustimmungsbutton nachträglich realisiert wird (opt in versus opt

out). Das heißt auch hier greift zunächst die umgesetzte Metadatenverarbeitung und Vorstrukturierung der Daten, die dann über die Zustimmung in weitere Datenverarbeitungsschritte gebracht werden. Dies ist nicht rein freiwillig und birgt hohe Gefährdungspotentiale hinsichtlich von Software-Fehlern, Systemausfällen und ZerodayAttacks.

Überwinden wir endlich die Mainstream-Meinungen und Aussagen zur eGK, TI und ePA und gestalten als Bürger in innovativer und kreativer Form unsere selbstbestimmte Zukunft, die sicher ganz anders ist, als das was uns ständig eingetrichtert wird!

II. Update 16.01.2020 Entgegnungen zu den Äußerungen des Gesundheitsministers auf der Veranstaltung des Verbands der Privaten Krankenversicherung (PKV) / Artikel auf aend.de mit dem Titel "Spahn: „ePA ist der Berliner Flughafen der Gesundheitspolitik“

Das ganze IT-Projekt steht für mich für den schlimmsten Angriff auf die direkte Demokratie und Selbstbestimmung, der vorstellbar ist. Auch wenn ich erst seit 2014 dabei bin, war es von Anfang an auf Verschleierung ausgelegt, was es damit auf sich hat. Die Antwortschreiben der Krankenkassen an mich und viele Äußerungen der Projektbefürworter geben dazu einen eindrucksvollen Einblick.

Aus den Äußerungen des Gesundheitsministers läßt sich das Selbstverständnis ablesen, er als Politiker und Vertreter des Staates, muss dieser globalen Entwicklung etwas entgegensetzen.

Es ist jedoch das Volk, die Summe des Staates, die dem etwas entgegensetzen sollte und der Gesundheitsminister ist dann zunächst einmal eine bescheidene Komponente in diesem Vorhaben.

Besonders erschreckend ist, dass der Counterpart gegen Genomsequenzierung in China und der Datensammelwut der internationalen Konzerne aus den USA nun durch ein staatlich-industriell gelenktes Megasystem entstehen soll.

Ein Megasystem dessen Bausteine aus den USA stammen und die gleichen Verfahrensweisen in der erweiterten Datenverarbeitung nutzen, die auch die Konzerne nutzen und die in den technischen Überwachungssystemen zum Einsatz kommen (nachgewiesen, denn die Kerne der erweiterten Datenverarbeitung wurden von den USA übernommen und werden von Ihren Konzepten her von den Geheimdiensten genutzt).

Das größte IT-Projekt der Welt ist dadurch gekennzeichnet, dass die Bürger von der Entwicklung ausgeschlossen worden sind und das Ganze nicht transparent, vereinfacht und unabhängig vermittelt wurde. Nun lassen sich die Behauptungen nicht mehr halten es werden nur Daten durchgeleitet, es gibt keine Server und keine überdimensionierte Datenverarbeitung und alles sei dezentral und jetzt appelliert er in vereinfachter Form an das Vertrauen der

Bürger in den Staat. Das schafft eine verdrehte Situation, denn nur durch Vertrauen und Kooperation mit den Bürgern vom Projektbeginn an hätte man geeignete Lösungen finden können.

Auch vermitteln seine Äußerungen etwas den Eindruck die Bürger seien eine unmündige Kinderschar, die nicht fähig wäre die Entwicklungen zu verfolgen und einzuschätzen oder gar eigene Entscheidungen zu treffen. Denn es wird hier an nur an das Vertrauen appelliert und nicht an mündige Bürger, die etwas Wichtiges zu sagen haben. Die Vertrauensfrage ist kein alleiniges Entscheidungsmerkmal für Pro und Contra, sondern es geht um sorgfältig ausgearbeitete Einwände und Hinweise auf hohe Gefährdungen.

Das ist der nächste verkehrte Punkt, denn das Engagement der Bürger gegen das Projekt steht für eine notwendige regulierende Instanz, die sehr lange vernachlässigt wird. Die lange Liste der Einwände durch unser Engagement wird auf der politischen Seite nicht verarbeitet, deswegen ist die Situation die, das zunächst einmal die Politik innehalten muss um ihre Verfehlungen auszugleichen, auch wenn dies heißen sollte das größte IT-Projekt der Welt zu stoppen und in dieser Form nicht umzusetzen.

Das Empfinden der Bedrohung ist auch dadurch entstanden weil der Staat mit der Industrie zusammen, abgehoben von den Bürgern, das größte IT-Projekt der Welt und damit eines der Größten, hinsichtlich der Auswirkungen auf die Gesellschaft, auf Biegen und Brechen umgesetzt hat. Dabei wurde es unterlassen das IT-Projekt im Vorfeld für die Bürger in unabhängiger Form vereinfacht zu beschreiben und alternative Vorgehensweisen zu fördern.

Bei näherer Betrachtung gibt es „die Challenge“ seit ca. 2005, seit dem die ersten Datenschützer sich gegen das IT-Projekt gewendet haben. Die Einwände, die dann aus diesem Engagement seit 2005 entstanden sind werden vereinzelt genutzt als kostenlose Überprüfung, da wo es geeignet erscheint, gravierende Hinweise werden jedoch einfach ignoriert.

16.1.2020
Rolf D. Lenkewitz
Bergstraße 6
87769 Oberrieden

Impressum: <http://www.rdlenkewitz.eu/DSGVO/dsgvo.html>